

*Dariusz Wojtaszyn*

## „In wessen Namen ...“

Der Briefwechsel zwischen polnischen und deutschen Bischöfen im Jahr 1965 in der Ostdeutschen Presselandschaft

„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung ...“, diese Worte wurden zur wichtigsten Botschaft eines im November 1965 von den polnischen Bischöfen gesendeten Briefes an ihre deutschen Glaubensbrüder. Die Antwort der deutschen Seite wurde dagegen in einem merklich konservativeren Ton ausformuliert. Die Erwähnung des Briefwechsels fand am 18. November und 5. Dezember 1965, zur Zeit des II. Vatikanischen Konzils in Rom, statt und sorgte nicht nur in Polen und Deutschland, sondern auf der ganzen Welt für großes Aufsehen. Mitwirker und Unterzeichner der Antwort deutscher Bischöfe waren auch Geistliche aus der DDR.

Die Initiative der katholischen Bischöfe führte eine ungewöhnlich scharfe Kritik der kommunistischen Regierungen Polens und der Deutschen Demokratischen Republik nach sich. Allein die Tatsache, daß Bischöfe aus der DDR gemeinsam mit ihren Brüdern aus Westdeutschland zusammenwirkten, rief Unbehagen innerhalb der politischen Führung hervor. Die Reaktionen auf den Briefinhalt sowie das internationale Echo kann man als eine Art Schock für die Machthaber der DDR beschreiben. Diesem Schritt, der ohne vorherige Rücksprache unternommen wurde, galt innerhalb der ostdeutschen Regierung allerhöchstes Aufsehen und Interesse.

Die Haltung der ostdeutschen Regierung wurde der Allgemeinheit unter anderem durch die Presse vermittelt. Zeitungsinhalte unterlagen einer eng eingegrenzten, propagandistischen Aufgabe – über sie erfolgte die „wahrhafte“ Enthüllung des Charakters und der Bedeutung des bischöflichen Briefes für die Bevölkerung der DDR sowie der Versuch, öffentliche Meinungen und Reaktionen zu steuern.

Das Thema dieser Untersuchung ist deshalb der Versuch, Reaktionen aufzuzeigen, die der Briefwechsel zwischen den katholischen Bischöfen innerhalb der ostdeutschen Presse hervorgerufen hatte. Untersucht wurden hierbei die drei größten Tageszeitungen der DDR, die Presseorgane dreier Parteien, der führenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

(SED) – *Neues Deutschland* – und der Blockparteien Christlich Demokratische Union (CDU) – *Neue Zeit* – und Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) – *Der Morgen*.

Die kritische Haltung der SED zu diesem Thema wurde durch Journalisten im Presseorgan der Partei, *Neues Deutschland*, wiedergegeben. Die erste Reaktion war ein Text Warschauer Zeitungen an die polnischen Bischöfe vom 12. Dezember 1965, der sich hauptsächlich auf Kommentare stützte, die sich im Bezug auf die Geste der Bischöfe in der polnischen Presse wiederfanden.

Der Text berief sich auf einen Artikel aus dem *Życie Warszawy* sowie aus der Zeitung des Presseorgans der katholischen Vereinigung PAX, *Słowo Powszechne*. Beiden Artikeln lagen kritische Worte gegenüber dem polnischen Episkopat zugrunde. Das Fehlen einer öffentlichen Legitimation zu solch einem Schritt und der breite Widerstand der Öffentlichkeit wurden besonders emporgehoben. Die Autoren fragten rhetorisch, in wessen Namen die Versöhnungsgeste verschickt worden sei, gedenke man gleichzeitig der Millionen Opfer deutscher Aggression während des Zweiten Weltkrieges. Von Vorwürfen blieben auch nicht die westdeutschen Bischöfe verschont, die mehrheitlich das Hitlerregime in Deutschland unterstützt haben sollen und sich nun „in einer Symbiose mit der Bonner Regierung und deren antipolnischer, revanchistischer Politik, die Zweifel an der Grenze von Oder, Neiße und dem Baltikum besitzt, befinden“. Der größte Vorwurf gegenüber den polnischen Unterzeichnern des Briefes, auf Grundlage des Textes des *Życie Warszawy*, war die Tatsache der durch sie überschrittenen Grenze und des Eindringens in das Feld der Außenpolitik, wozu „nur die polnische Regierung berechtigt ist“. Der Artikel aus dem *Słowo Powszechne* unterstrich weiterhin, daß die polnischen Bischöfe mit ihrem Appell die den Polen „freundlich“ gesinnte DDR völlig ignorierten.

Ähnliche Vorwürfe fanden sich in einem weiteren Artikel der Zeitung *Neues Deutschland* „Völliger Widerspruch zur Politik Polens“ vom 14. Dezember wieder, der sich diesmal auf einen Text der *Trybuna Ludu* stützte. Dieser wies darauf hin, daß der bischöfliche Briefwechsel, welchen die Zeitung als „eigenwillige“ Handlung beschrieb, eine Billigung der „revanchistischen Politik Bonns“ darstelle und zu einer „falschen, polenfeindlichen Interpretation der Potsdamer Beschlüsse“ führe. Das Handeln der polnischen Geistlichkeit stünde den lebhaften Interessen der polnischen Nation entgegen und verletze eine kontinuierliche Politik der polnischen Regierung. Aufgeführt wurde erneut das Argument der Ignoranz gegenüber der DDR, sie sei der „erste liebenswürdige friedliche deutsche Staat“, zu welchem Polen enge Kontakte besitze und mit einer „tiefen Freundschaft und Zusammenarbeit“ verbunden sei. Gleichzeitig wies man auf die feindliche Politik der BRD hin, die zum wichtigsten Bundesgenossen des „amerikanischen Imperialismus“ sowie zum Fürsprecher des Kalten Krieges und des Rüstungswettlaufs in Europa geworden sein soll. Erinnerung wurde dabei an die letzten Auftritte des Bundeskanzlers Erhard, bei welchen er die Installation von Kernwaffen und die Vernichtung der DDR forderte und weiterhin die deutschen Grenzen von 1937 verlangte. In diesem Zusammenhang bezog man sich auf Angriffe und Kritik seitens der westdeutschen Bischöfe, die ihre polnischen Gegenüber in Verbindung mit den Feierlichkeiten, die durch die polnische Kirche in Breslau organisiert wurden, traf.

Der wichtigste Artikel, der sich auf den Briefwechsel zwischen deutschen und polnischen Bischöfen bezog und im *Neuen Deutschland* abgedruckt wurde, war ein Kommentar aus der Feder des Chefredakteurs, Günter Kertzsch: „Bischöfliche Aktion aus dem Geiste des Revan-

chismus“, welcher in der Heiligabendausgabe erschien. Der Autor gab als erster genaue Angaben und Umstände des Briefwechsels in seinem Artikel wieder, der sich auf die Rezeptionen der bischöflichen Initiative in der Presse bezog – in der polnischen („zerschmetternde“, „begründete“ Kritik) und westdeutschen („wohlwollende Annahme und Unterstützung“ der Aktion, die „viele Fragen auf deren Ursache offen läßt“). In seiner Einleitung unterzog er einen vom polnischen Episkopat verfaßten Brief einer scharfen Kritik, wobei erneut Argumente früherer Artikel verwendet wurden, die sich auf die polnische Presse stützten.

Der Hauptteil des Textes von Kertzscher bezog sich jedoch auf eine durch west- und ostdeutsche Bischöfe vorbereitete Antwort, die – nach Meinung des Autors – die Befürchtungen der polnischen Presse bestätigte. Der Brief der deutschen Bischöfe sei angeblich im Geiste des „Revanchismus“ ausformuliert worden, was man unter anderem in dem Teil des Briefes sah, der eine „zufriedenstellende und gerechte Lösung für beide Seiten“ forderte, die wiederum eine Überwindung der „fatalen Kriegsfolgen“ erlaube. Diese Formulierung sollte als Bestrebung einer Revision der Nachkriegsgrenzen gelten. Zynisch stellt der Autor bei dieser Gelegenheit fest, bezogen auf die formulierten friedfertigen Bestrebungen der deutschen Seite, daß er sich die Situation nicht vorstellen könne, in der „einem Staat ein Drittel seines Territoriums auf ‚friedliche‘ Art und Weise abgetrennt wird“.

Ein weiterer und wesentlicher Aspekt der kirchlichen Initiative, präsentiert im *Neuen Deutschland*, war die DDR-Frage. Das „verwunderliche“ Schweigen zur „beispielhaften Politik der ostdeutschen Regierung“ sowie ihre Errungenschaften auf dem Feld der polnisch-deutschen Freundschaft verrieten, nach Meinung des Redakteurs, den Hintergrund der ganzen Aktion. Nach den mißlungenen „Frontal-Attacken“ der Bonner Regierung gegen die DDR auf politischer Ebene flüchte man zu dem Versuch einer Isolation und Einkreisung des ostdeutschen Staates mit Hilfe der Nachbarn, dem die eben abgesprochene Initiative dienen sollte, welche durch eine „allgemeine, unverbindliche Sprache über Vergebung“ bis hin zur „Vertuschung des Revanchismus in Westdeutschland sowie Schwächung polnischer Wachsamkeit“ angeführt werde. Auf diese Weise enthülle man angeblich die wahren Quellen und Inspirationen dieser „politischen Aktion der katholischen Bischöfe“.

Zur Bestätigung der These führte Kertzscher weitere Argumente auf. Als ein unwiderlegbarer Beweis für die Richtigkeit seiner Darlegung sollte die Reaktion „der am stärksten reaktionären Kreise“ der Bundesrepublik auf die bischöfliche Initiative gelten. Die Aktion sollte unter dem Wohlwollen von Repräsentanten der deutschen Organisation der „Vertriebenen“ und dem CSU-Vorsitzenden Strauß gebilligt worden sein. Darüber hinaus sollte das Presseorgan der westdeutschen Bischofskonferenz, die Wochenzeitung *Echo der Zeit*, „inoffiziellen Informationen“ zufolge, über die Zustimmung und Billigung der Aktion „in Kanzlerkreisen“ geschrieben haben. Ein anderer Beweis sollten wiederum Zeitungen und Zeitschriften sein, die durch den Springer-Verlag herausgebracht wurden. In diesem Kontext bezog sich der Journalist auf einen Artikel aus *Die Welt* vom 15. Dezember, in welchem mit großem emotionalem Engagement die Idee der Aktion verteidigt wurde.

Günter Kertzscher wog des weiteren auch die Meinungen der ostdeutschen Bischöfe ab, die den Brief unterzeichnet hatten. Seiner Überzeugung nach stellten sich auch diese, mit der Unterzeichnung der Briefe, der politischen Regierung der DDR und damit dem ostdeutschen Staat entgegen. Ferner versicherte der Journalist, daß die Mehrheit der DDR-Bürger

katholischen Glaubens die DDR-Regierung und ihre „Politik des Friedens und Freundschaft“ unterstütze. In diesem Zusammenhang würden die durch die Bonner Regierung diktierten ostdeutschen Bischöfe ebenfalls den katholischen Interessen der Menschen im eigenen Land entgegenreten, für deren geistliche Fürsorge sie zuständig seien.

Den Inhalt der Antwort deutscher Bischöfe bedenkend, machte der Redakteur des *Neuen Deutschlands* auf die Einladung polnischer Bischöfe zum Gedenken des tausendjährigen Bistums Meißen aufmerksam, unter welcher ebenfalls die Unterschriften westdeutscher Bischöfe erschienen waren. Diesem scheinbar unbedeutenden Faktum wurde im Artikel internationale Bedeutung zugesprochen, da die Bischöfe aus der Bundesrepublik angeblich die Rechte der DDR-Regierung, welche die Einreise von Bürgern fremder Staaten auf ihr Territorium selber regelt, nicht berücksichtigten.

### **Warnender Rat**

Abschließend negierte der Text des ND-Journalisten den Wert der Initiative für die Versöhnung zwischen beiden Staaten, darauf hinweisend, daß eine wahre Annäherung und freundschaftliche Bindung ausschließlich dank der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen zustande gekommen sei. Den katholischen Bischöfen beider Staaten erteilte der Autor hingegen den warnenden „Rat“, den eigenen Glaubensbrüdern (als Beispiel sei das Auftreten des Abgeordneten Zygmunt Filipowicz im polnischen Sejm genannt) mehr Gehör zu schenken als den Anordnungen des „Bonner Außenministeriums“, wenn sie dem „Frieden auf Erden“ wirklich dienen wollten.

Kertzschers Artikel im *Neues Deutschland* rief Beschwerden und Protest beim Berliner Erzbischof Alfred Bengsch hervor, welcher im Artikel Erwähnung fand. In einem Beschwerde schreiben an den Staatssekretär der DDR für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, bezeichnete der Erzbischof die in seinem Namen genannten Vorwürfe in Kertzschers Text als persönliche Beleidigung und Beschimpfung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Haltung der christdemokratischen Partei der DDR. Die Abteilung für Kirchenfragen der ostdeutschen CDU veröffentlichte in dieser Angelegenheit am 23. Dezember 1965 ein neunseitiges Dokument. Den Brief der polnischen Bischöfe sah man demnach als dezidierte Abkehr von der bisher als unantastbar betrachteten Grenze entlang der Oder und Lausitzer Neiße. Die Gründe für solch eine Haltung erforschte man in entsprechenden Milieus innerhalb der Bundesrepublik, die in Verbindung mit den „Vertriebenen“ standen, welche wiederum das Memorandum der EKD vom 1. Oktober 1965 mißbraucht haben sollen. Ferner nannte man auf dieser Grundlage die dadurch entstandene Diskussion in der Bundesrepublik und sämtliche Einflüsse, die das Ziel gebabt haben sollen, den polnischen Episkopat zu dieser „Geste der Versöhnung“ zu zwingen, was wiederum mit großer Freude durch „revanchistische westdeutsche Gruppierungen“ angenommen worden sei.

Unterstrichen wurde hierbei, daß dieser Prozeß unter bedeutendem Einfluß und mit Unterstützung des Vatikans stattfand. Kritisch und ablehnend wurde im Artikel festgestellt, daß die polnischen Bischöfe das „wertvolle Görlitzer Abkommen zwischen der DDR und Polen über die friedlichen Grenzen der Oder und Neiße, sowie gleichzeitig die freundschaftliche Beziehung und brüderliche Zusammenarbeit beider Staaten“ (zit. nach T. Mechtenberg) komplett außer acht ließen, wodurch die Bonner Hallstein-Doktrin bestätigt werden sollte. Als

wichtigster Teil des Dokuments wurde die Reaktion auf die deutsche Antwort dargestellt, die auch von ostdeutschen katholischen Bischöfen signiert war. Ihnen wurde vorgeworfen, daß die Unterzeichnung des Dokuments eine Teilnahme an der Erschaffung einer „revanchistischen“ Ostpolitik Bonns gleichkäme. Die Autoren des Dokuments negierten dabei gleichzeitig die im Brief enthaltene Priorität der Versöhnung und die bestehenden Unterschiede in der politischen Einstellung.

Eine Stellungnahme zur Frage des Briefwechsels zwischen polnischen und deutschen katholischen Bischöfen fand man jedoch bedeutend früher im zentralen Presseorgan der ostdeutschen CDU *Neue Zeit*. Im Unterschied zu allen anderen ostdeutschen Zeitungen widmete diese Tageszeitung dem Thema den meisten Platz, was nicht zuletzt daran lag, daß sie ein Organ der christdemokratischen Partei war. Erste Informationen zum Briefwechsel beider Episkopate fand man in der Ausgabe zum 12. Dezember 1965, die jedoch auf dem Hintergrund einer vorherigen Publikation vom 9. Dezember der *Głos Pracy* lagen, anlehnend an einen Text des polnischen Journalisten Stanisław Harkiewicz: „Mit welcher unerhörten Überheblichkeit sie sich benehmen!“ Darin erinnerte der Autor an seinen Aufenthalt im Vatikan als Korrespondent der Wochenzeitschrift *Kultura* im Frühling 1964. Die Hauptbotschaft des Artikels war der Hinweis auf die enorme Einflußnahme der westdeutschen Geistlichen im Kirchenstaat, dabei gleichzeitig auf das Engagement in politischen Fragen sowie auf die Aggression und den Haß gegenüber dem „Atheismus, Materialismus, Marxismus und Kommunismus“ hinweisend. Diese grundlegende Haltung der Pfarrer und Bischöfe aus der Bundesrepublik soll zum überheblichen und herablassenden Umgang mit Vertretern anderer Episkopaten geführt haben. Grund hierfür soll insbesondere die finanzielle Stärke des westdeutschen Klerus gewesen sein, was man an der Finanzierung des Aufenthaltes zahlreicher Episkopaten im Vatikan deutlich gesehen habe, oder mit den Worten S. Harkiewicz: „wer zahlt, der fordert“.

### **Die „wahre“ Versöhnung**

Der erste Text, der das Problem des bischöflichen Briefwechsels verbindlich thematisierte, erschien unter der Überschrift „In wessen Namen gehandelt?“ am 12. Dezember 1965. Bezogen war er, ähnlich wie der Text selbigen Tages im *Neuen Deutschland*, auf einen Kommentar der polnischen Presse *Życie Warszawy* und *Słowo Powszechne*. Auch hier wurden die gleichen Argumente der eigenwilligen Äußerung im Namen des polnischen Volkes und das Eintreten auf dem Feld der Außenpolitik (was keine Gemeinsamkeit mit der religiösen Mission besitzt) genannt, was gleichzeitig das Fehlen von Informationen über diese Initiative an die polnische Regierung und Gesellschaft, ja sogar eine Verheimlichung von Fakten bedeute.

Der Vorwurf gegenüber der deutschen Seite betraf zum einen die Nichtberücksichtigung der DDR-Politik, zum anderen das durch Bonn diktierte Handeln. Die Autoren des Artikels, die sich auf das *Słowo Powszechne* bezogen, stellten eine Reihe von Bedingungen vor, von welchen die „wahre“ Versöhnung zwischen beiden Nationen abhängig war. Dazu gehörten u. a. die Umformung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland im Blick auf das Verhältnis zwischen der VRP – DDR, die Anerkennung der Grenze zur Oder und Lausitzer Neiße, die Verurteilung und Resignation der westdeutschen Bestrebungen, Kernwaffen in der BRD zu stationieren, die Darlegung einer „hoffnungslosen und moralisch gefährlichen Politik der Bonner Regierung“ durch westdeutsche Geistliche für die eigene Gesell-

schaft. Analysiere man den Inhalt der deutschen Antwort, stelle man fest, daß diese fundamentalen Bedingungen nicht einmal von den deutschen Bischöfen akzeptiert worden seien.

Bereits zwei Tage später, am 14. Dezember, veröffentlichte die *Neue Zeit* einen weiteren, sich diesem Thema widmenden Artikel – „Gegen außenpolitische Eigenmächtigkeiten“. Dieser wurde, ähnlich wie der Text aus dem *Neuen Deutschland*, an den Artikel der *Trybuna Ludu* angelehnt, jedoch deutlich breiter analysiert. Bedeutend mehr Raum wurde dem Vergleich mit dem Presseorgan der SED gewidmet. Neben der Anführung von Argumenten, die sich auch im *Neuen Deutschland* wiederfanden, wurde allein die Idee zum Beschluß einer solchen Initiative der Bischöfe gebrandmarkt und als Versuch einer Relativierung deutscher Kriegsschulden, passend zur westdeutschen Politik, beschrieben. Den Geistlichen wurde, im Bündnis mit dem westdeutschen Staat, „Geschichtsfälschung“ und eine nachteilige Wirkung für den polnischen und ostdeutschen Staat vorgeworfen und die bischöfliche Aktion als „gefährlich nachgiebig und friedlich“ bescheinigt. Solch ein Verhalten, in Anbetracht des „deutschen Raubimperialismus“ habe, und das könne man anhand der Geschichte beider Staaten erkennen, schon mehrfach teuer bezahlt werden müssen. Dem Artikel wurde das Bild einer modernen Wohnsiedlung Stettins beigefügt, die durch die Journalisten als großer Erfolg sozialistischer Bauten bezeichnet wurde.

Am 16. Dezember 1965 wagte man in der *Neuen Zeit* einen eigenen redaktionellen Kommentar zum genannten Thema unter dem Titel „Placet für Bonn?“ Autor war der Chefredakteur Herman Kalb. Wichtig zu erwähnen ist hierbei die Tatsache, daß das *Neue Deutschland* einen eigenen Kommentar zum Briefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe erst am 24. Dezember druckte.

Zu Beginn seines Textes erläuterte Hermann Kalb die Gründe für das Interesse an diesem Thema. Er stellte fest, daß im Zusammenhang mit den Berichten der Presse in der Bundesrepublik (u. a. in der westdeutschen katholischen Presseagentur KNA sowie in der *Frankfurter Rundschau* und *Die Welt*), laut einigen Unterzeichnern der Antwort deutscher Bischöfe, die an das polnische Episkopat geschickt wurde, sich auch Geistliche mit der Staatsbürgerschaft der DDR befanden. Ein Mitglied des dreigliedrigen Redaktionskollegiums soll ein ostdeutscher Bischof gewesen sein, so daß die *Neue Zeit* nicht länger habe schweigen können und eine eindeutige Haltung einnehmen müsse. Er bemerkte dabei, daß das Interesse der Zeitung an diesem Thema sich weder einer religiösen Intention der Briefverfasser noch einer theologischen Frage, sondern aktuellen politischen Problemen des ostdeutschen Staates widme. In dieser Hinsicht, so Kalb, besitze die Redaktion nicht nur „das Recht auf Veröffentlichung, sondern sogar die Pflicht einer offenen, unter Umständen auch kritischen, Stellungnahme“. Im Fall des Dokuments „Gruß und Antwort deutscher Bischöfe“ könne, laut Meinung des Autors, keinerlei Zweifel daran bestehen, daß es keine innerkirchliche Angelegenheit war, sondern eine von höchster politischer Bedeutung, welche das „Verhältnis des deutschen Volkes zur Volksrepublik Polen sowie die Frage der polnischen Ostgrenze“ betreffe.

Hermann Kalb warf den Bischöfen aus der DDR fehlende Beachtung aktueller rechtspolitischer Realitäten vor. Die im Brief aufkommende Frage der polnischen Ostgrenze habe man bereits vor 15 Jahren im Görlitzer Abkommen zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR geregelt, woran sich die ostdeutschen Geistlichen, wie der Autor ironisch darlegt, „nicht erinnern“. Von diesem Augenblick an sollte dieser Fall endgültig geregelt worden sein und die

Grenze kein „Problem“ mehr darstellen, sondern eine „Grenze des Friedens sein, welche die Bürger unserer Republik mit den Bürgern des Volkspolens in einer unvergänglichen Freundschaft verbindet“.

Für die ostdeutschen Bischöfe müsse es beschämend wirken, so der Autor, daß nicht sie, sondern die „polnischen Katholiken“ auf das friedliche Muster der Situation im deutsch-polnischen Verhältnis, die in den Beziehungen zwischen Polen und der DDR festgesetzt wurden, aufmerksam gemacht haben.

Bei der Textanalyse des Antwortschreibens deutscher Bischöfe stellte der Chefredakteur der *Neuen Zeit* fest, daß die benutzten Formulierungen des Typus: „Überwindung der Grenzen mit einer für alle zufriedenstellenden Entscheidung“, „deutsch-polnisches Kondominium“, „die Einbeziehung Volkspolens in ein christliches Europa“, verschleierte Bestrebungen einer Revision der Nachkriegsgrenzen bergen und einen Ausdruck antisowjetischer Politik besäßen. Durch die Unterzeichnung des Dokuments, welches solche Ansprüche der Bischöfe aus der DDR ganz offensichtlich lobte, müßten sie sich gleichzeitig für die „revanchistische ‚Ostpolitik‘ der Bonner Regierung“ erklären.

Abschließend stellte der Redakteur des Artikels die rhetorische Frage, die an die ostdeutschen Bischöfe gerichtet war, ob sie bereit seien, gemeinsam mit der ganzen Bevölkerung – unter anderem mit den Katholiken – „sich für eine Freundschaft, welche uns mit unserem polnischen Nachbarn und all seinen Einwohnern unzertrennlich bindet, im Geiste einer friedlichen Politik und dem gemeinsamen Streben nach dem Aufbau des Sozialismus, zu erklären“. Auf eine derart gestellte Frage, im Blick auf die vom Autor genannten Thesen, konnte die Antwort nur negativ ausfallen.

### **„Nur aus Worten“**

In der selben Ausgabe der Zeitung erschien ein weiterer Text, der sich mit dem Briefwechsel zwischen polnischen und deutschen Episkopaten beschäftigte: „Voraussetzung für Dialog. Erklärungen zur Botschaft der polnischen Bischöfe“. Der Artikel bezog sich auf die in der VRP ausgelösten Reaktionen durch den Brief polnischer Bischöfe an ihre deutschen Mitbrüder. Die Korrespondenten der Zeitungen widmeten sich der Diskussion, die in diesem Zusammenhang im Sejm geführt wurde. Zitiert wurden Fragmente der Rede des katholischen Abgeordneten Zygmunt Filipowicz, der unter anderem erklärt hatte: „Eine natürliche dauerhafte Versöhnung zwischen dem polnischen und deutschem Volk ist möglich. Eine solche Versöhnung erleben wir zusammen mit der DDR in unserer täglichen Sorge um unser gemeinsames Wohl. Die Einigung mit der Bundesrepublik wird jedoch nicht verwirklicht, solange deren Grundlage nur aus Worten besteht.“ In diesem Kontext wurde Janusz Zabłocki zitiert, ein anderer Sejm-Abgeordnete aus der katholischen Gruppierung „Znak“, der feststellte, daß „es keinen Dialog mit Westdeutschland geben wird, solange die Bundesrepublik die polnischen Westgebiete nicht anerkennt“.

Im Bezug auf die westdeutschen Reaktionen des Briefwechsels der katholischen Bischöfe lehnte man sich ebenfalls an die Haltung des *Życie Warszawy* an. Es wurde ein Textfragment aus der polnischen Zeitung angebracht, welches bezeugen sollte, daß dieses Problem von der westdeutschen Regierung in ein „Arsenal politischer Mittel“ hineingezogen wurde, was wiederum zu Folge hätte, daß jedes Auftreten von Vertretern der BRD mit außenpolitischen In-

halten, insbesondere die Beziehungen zu Osteuropa betreffend, einen Bezug auf den Brief der polnischen und deutschen Bischöfe enthalte.

Ein anderer, aus derselben Ausgabe stammender Artikel, „Solche Dialoge sind für Polen unannehmbar“, war ein sehr ausführlicher Text, der sich auf Teile eines Kommentars zum Briefwechsel aus *Słowo Powszechne* bezog. Im Artikel wurden ähnliche Argumente benutzt wie in den vorherigen Berichten, die sich auf die polnische Presse stützten. Den Bischöfen wurde eine mangelnde Berücksichtigung der aktuellen politischen Situation, in Form einer Ignorierung des zweiten deutschen Staates, der DDR und dessen Eintreten für eine polnisch-deutsche Verständigung, vor allem der Anerkennung der Oder-Neiße Grenze, vorgeworfen. Die polnischen Bischöfe wurden für ihre inkonsequente Haltung gegenüber den sogenannten Wiedergewonnenen Gebieten kritisiert, die deutschen dagegen für ihre Huldigung der revanchistischen Idee und einer Feindschaft gegenüber Polen und anderen sozialistischen Staaten. Der Text war mit zwei Bildern versehen. Eines zeigte eine Delegation der Ost-CDU bei der Kranzniederlegung am Denkmal des Unbekannten Soldaten in Warschau und das andere Feierlichkeiten der Überreichung des Ehrenordens an den Anführer der PAX-Vereinigung durch den Generalsekretär der CDU, was laut Zeitung, ein symbolisches Zeichen einer engen Zusammenarbeit zwischen den „fortschrittlichen Christen in der VPR und der DDR“ sei.

Ein deutlich geringeres Interesse am Thema zeigten Journalisten des zentralen Organs der LDPD, *Der Morgen*. Der Thematik widmete sich lediglich ein Artikel „Kritik an Bischöfen“. Der Bericht war eine Beschreibung der Rezeption im Bezug auf den Brief innerhalb der polnischen Presse und bezog sich auf zwei polnische Artikel, zum einen aus dem *Życie Warszawy*, zum anderen aus dem *Słowo Powszechne*. Ähnlich wie die zur gleichen Zeit erschienenen Artikel aus *Neues Deutschland* und *Neue Zeit* nahm man hauptsächlich eine kritische Position gegenüber den Geschehnissen ein. Die Hauptvorwürfe richteten sich ebenfalls gegen den politischen Charakter der Initiative der Geistlichkeit, das Fehlen einer öffentlichen Legitimation für solch einen Schritt, den Versuch einer Relativierung deutscher Kriegsschulden sowie gegen das Handeln unter dem Einfluß und Diktat der westdeutschen Regierung.

Aber noch vor dem Erscheinen der genannten Artikel bereitete die Redaktion der Berliner Kirchenschrift *Hedwigsblatt* einen Text vor, der beide bischöflichen Briefe zusammenfaßte und am 12. Dezember 1965 erscheinen sollte. Bevor es aber zu der Veröffentlichung kam, wurde der stellvertretende Chefredakteur, Prälat Bernhard Drews, am 11. Dezember zu einem Gespräch ins staatliche Presseamt vorgeladen, bei welchem ihm der Leiter des Presseamtes, Kurt Blecha, vorwarf, daß im vorbereiteten Artikel die Rede von Briefen polnischer und deutscher katholischer Bischöfe sei, in welchen es um „einen ungewöhnlich wichtigen Umstand im politischen Bereich geht, da in diesen, hinter dem Rücken von staatlichen Kompetenzinstitutionen, der revanchistischen Bundesrepublik eine Versöhnung angeboten wird“ (zit. nach T. Mechtenberg). Trotz einer solch ausformulierten Ansicht gab das Presseamt schließlich die Erlaubnis zur Veröffentlichung der erwähnten Ausgabe, mit der Bedingung, daß in der darauf folgenden Ausgabe des *Hedwigsblatts* ein Vorabdruck eines vorbereiteten und Drews vorgelegten Textes erscheinen muß, der über die Welle von Kritik gegenüber der Initiative katholischer Geistlicher in Polen informierte. Ähnlich den Artikeln aus den bereits genannten Tageszeitungen stützte sich dieser Text auf polnische Kommentare aus dem *Słowo Powszechne* und dem *Życie Warszawy*. Solch ein Vorgehen gegen die katholische Schrift aus Berlin sorgte



für Beschwerden, die der Berliner Metropolit, Kardinal Bengsch, an den Vorsitzenden des Ministerrats leitete.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Briefwechsel zwischen polnischen und deutschen katholischen Bischöfen auf einen breiten Widerhall in der ostdeutschen Presse traf. Dieses Thema war zwar nicht Hauptobjekt des Interesses der Tageszeitungen, die Anzahl und vor allem die Ausführlichkeit der Artikel zeigt aber, daß es eine besonders wichtige Angelegenheit gewesen sein muß. Besonders eindringlich beschäftigte sich das Presseorgan der ostdeutschen CDU, *Neue Zeit*, mit der Thematik, die ihr zwischen dem 12. und 16. Dezember 1965 fünf Beiträge widmete. Die Texte waren sehr ausführlich gehalten, und jeder davon bestand durchschnittlich aus fast 200 Zeilen. Nicht viel weniger freigiebig als das Presseorgan der CDU war die wichtigste Tageszeitung des Landes, das *Neue Deutschland*, das vom 12. bis 24. Dezember 1965 drei Artikel dem Briefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe widmete. Die Durchschnittslänge bestand aus rund 180 Zeilen. Lediglich die Journalisten von *Der Morgen* schenken dem Thema in ihrer Zeitung deutlich weniger Beachtung. Dort fand sich nur ein Artikel, der aus rund 80 Zeilen bestand.

Die genannten Texte stützen sich zum größten Teil auf Polemiken und Kommentare aus der polnischen Presse. Insbesondere wurden hierzu die Zeitungen *Słowo Powszechne*, *Życie Warszawy* und *Trybuna Ludu* benutzt. Erwähnenswert ist jedoch auch die Tatsache, daß sowohl *Neues Deutschland* als auch *Neue Zeit* diesem Thema eigene und ausführliche Kommentare widmeten, deren Verfasser führende Redakteure beider Zeitungen waren (der Chefredakteur und der stellvertretende Chefredakteur). ■

Benutzte Literatur: Mechtenberg, T.: Briefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe 1965. Die Reaktionen der Machthaber der DDR, in: *Deutschland Archiv*, 1995, Nr. 28, z. 11. – Mechtenberg, T.: Engagement gegen Widerstände. Der Beitrag der katholischen Kirche in der DDR zur Versöhnung mit Polen, Leipzig 1998. – B. Schäfer: Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989, Dresden 2000. – Schäfer, B.: Grenzüberschreitende Kirchenpolitik. Die Kooperation von Staatsorganen der DDR und der VR Polen von den fünfziger Jahren bis 1989, in: W. Borodziej, J. Kochanowski, B. Schäfer: Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989, Dresden 2000. – Schäfer, B.: Verselbständigung ohne Zueginn. DDR, katholische Kirche und Vatikan von 1965 bis 1972, in: *Stimmen der Zeit*, 1995, Nr. 5. – Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, hrsg. V. S. Barck, M. Langermann, S. Lokatis, Berlin 1999.